

Mittelsächsische LinksWorte

21. FEBRUAR 2018

NR. 126

12. JAHRGANG



Seit 1996 ist der 27. Januar offizieller Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus. Auch in diesem Jahr organisierten vor allem Ortsverbände der LINKEN aus diesem Anlass Veranstaltungen, leider in vielen Fällen mit bescheidener Resonanz seitens der Bevölkerung.

In Niederwiesa ist es seit 15 Jahren Tradition, daß Schüler mit Rezitationen und eigenen Gedanken ihr Bekenntnis zu Menschlichkeit, Frieden und Antifaschismus ablegen. Sie pflegen auch seit 13 Jahren in wechselnden Schüलगenerationen mit viel Liebe das Grab der zwei unbekannt jüdischen Frauen, die auf dem Todesmarsch in Niederwiesa umgekommen und auf dem dortigen Friedhof beigesetzt sind.

DIE DREI TITELTHEMEN DIESER AUSGABE:

1. dokumentiert:

DIE LINKE UND IHRE HALTUNG ZU
EINER ZU ERWARTENDEN **GroKo**

2. informiert:

DAS GEBÄUDE DES LANDRATSAMTES
HEISST KÜNFTIG **WERNER-HOFMANN-HAUS**

3. erläutert:

DIE MITTELSÄCHSISCHE LINKE UND
WICHTIGE **PROJEKTE** FÜR DIE **ZUKUNFT**

2	editorial & standpunkt
3	kolumne & gedenken in terezin
4/5	titelthema 1: der koalitionsvertrag und die linke
6/7	titelthema 2: umbenennung des gebäudes des landratsamtes
8	titelthema 3: projekte des kreisverbandes der linken
9	gedenktag für die opfer des nationalsozialismus
10	mit dem freiberger stadtchor in new-york
11	kreisvorstand aktuell & glückwünsche & jahrestage
12	termine & querbeet

aus der redaktion

Liebe Leserinnen und Leser,

unser Land befindet sich weiterhin in erheblichen Turbulenzen. Niemand kann zurzeit sagen, wie es politisch weitergeht. Kommt die Große Koalition zwischen Union und SPD oder wegen des Gegenwindes in der SPD doch nicht? Und sollte die GroKo überhaupt Realität werden, so ist die Kritik am ausgehandelten Koalitionsvertrag über den weiteren politischen Kurs Deutschlands am besten in drei Worten zusammenzufassen: kraftlos, mutlos, ideenlos. Von dieser politischen Stimmung im Land sollte DIE LINKE mit ihren Ansätzen zur sozialen Politik profitieren - allerdings teilt sie sich die Oppositionsrolle im Bundestag inzwischen mit AfD, FDP und Grünen und wird öffentlich noch viel zu wenig wahrgenommen. Wie bereits im Januar eingeschätzt, kämpft unsere Partei weiter um ihren politischen Kurs. Die Reaktion auf die drohende GroKo haben die beiden Vorsitzenden Katja Kipping und Bernd Riexinger unter dem Motto „Soziale Politik wird weiterhin in der Opposition gemacht“. Auf welche Schwerpunkte in der Auseinandersetzung mit dem Koalitionsvertrag sie sich dabei konzentrieren, erfahren unsere Leserinnen und Leser auf Seite -4-. Außerdem drucken wir in diesem Zusammenhang eine Erklärung der Landesvorsitzenden Antje Feiks ab.

Im Kreisverband der LINKEN sollen am 27. Februar auf einer Beratung mit den Orts- und Basisgruppenvorsitzenden die Weichen für das politische Jahr 2018 und die langfristige Vorbereitung auf die Kommunalwahlen im Jahr 2019 gestellt werden. Wir werden in unserer März-Ausgabe ausführlich über die Ergebnisse dieser Beratung berichten. Der Kreisvorstand traf sich am 14. Februar im Bürgerbüro in Rochlitz mit dem Bundestagsabgeordneten der LINKEN, Michael Leutert, zu seiner turnusmäßigen Beratung. Wir berichten auf Seite -8- darüber. Ein weiterer Schwerpunkt unserer heutigen Ausgabe ist die festlich begangene Umbenennung des Gebäudes des Landratsamtes in Freiberg in Werner-Hofmann-Haus am offiziellen Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar. Diesem Gedenktag widmen wir auch Berichte darüber, wie er in diesem Jahr in Städten und Gemeinden unseres Kreises - zumeist unter Regie der Ortsverbände der LINKEN - begangen wurde. Natürlich bleiben wir dabei, dass wir uns in den kommenden Monaten dem Karl-Marx-Jahr widmen werden. Aber dem Wunsch unseres Redaktionsmitglieds Achim Grunke entsprechend drucken wir heute auf der angestammten Serienzeite -10- seinen Bericht über eine New-York-Reise im Januar ab. Der Anlass spricht für sich: Der Stadtchor Freiberg wurde eingeladen, im Januar an einem Konzert in der weltberühmten New Yorker Carnegie Hall mitzuwirken. Auch heute wünschen wir allen unseren Leserinnen und Lesern eine interessante und anregende Lektüre.

Die neuen chancen der linken

von HANS WEISKE

Es ist Vormittag des Aschermittwoch und ich sitze über diesem Standpunkt. Soeben ist Eric Frenzel Olympiasieger in der Nordischen Kombination geworden. Die diversen Nachrichtensender im Fernsehen zelebrieren den politischen Aschermittwoch. Die (Blas)musik - wie beim Aschermittwoch Tradition - spielt in Bayern: Bei der CSU in Passau (ohne Seehofer, dafür mit Söder), bei der SPD in Vilshofen (ohne Schulz, dafür mit Scholz), bei der AfD in Osterhofen (mit Meuthen und der ÖVP), bei der FDP in Dingolfing (mit Lindner) und bei den Grünen in Landshut (mit Habeck). Erst am Abend wird die Bundeskanzlerin in Demmin in Mecklenburg-Vorpommern nachlegen. Auf meinem Zweit-Computer verfolge ich derweil im Livestream die Rede von Dietmar Bartsch beim politischen Aschermittwoch der LINKEN auf der MS „Linz“ in Passau. Aber der geht leider im Medienkonzert fast unter.

Was die momentane „Selbsterfleischung“ in der SPD, die „Götterdämmerung“ bei der CDU und die Personalquerelen zum Ende der Verhandlungen betrifft, dazu hat MICHAEL MATTHES nebenstehend seine Meinung prononciert geäußert. Ich möchte seinen abschließenden Absatz aufgreifen und mich dazu äußern, wo ich die gegenwärtigen Chancen der LINKEN für unser Land in dieser politisch hochbrisanten Zeit sehe. Inhaltlich sollte sich DIE LINKE der inhaltlichen Auseinandersetzung mit dem Koalitionsvertrag „Ein neuer Aufbruch für Europa - eine neue Dynamik für Deutschland - ein neuer Zusammenhalt für unser Land“ von CDU, CSU und SPD widmen. Dazu haben wir auf Seite -4- die Äußerungen der beiden Parteivorsitzenden kurz nach Abschluss des Koalitionsvertrags unter der Überschrift „soziale Politik wird weiterhin in der Opposition gemacht“ zusammengefasst. Damit und ergänzt mit unserem Alleinstellungsmerkmal „Friedenspartei“ muss die GroKo unter Druck gesetzt werden. Ob zusätzlich noch „ein paar kühne Marxsche Ideen für die drängendsten Fragestellungen“ notwendig sind, wage ich zu bezweifeln. Ich bin mir fast sicher, dass die GroKo trotz Mitgliederforum bei der SPD kommen wird. Denn der Mehrheit der SPD-Mitglieder dürfte es schwanen, dass eine Ablehnung des Koalitionsvertrages und die damit wahrscheinlich verbundene Neuwahlen die SPD in die politische Bedeutungslosigkeit führen dürften. Dietmar Bartsch hat recht: Von ihrem politischen Ansatz erweist sich DIE LINKE als die einzige echte Opposition im Bundestag. Auch wenn es in der Kampagne um die „verschiedenen Machtzentren“ in der LINKEN und die Lafontaine'sche linke Sammlungsbewegung etwas ruhiger geworden ist: Wenn die Partei- und Fraktionsspitzen künftig in allen Fragen zu einer gemeinsamen Sprache finden, besteht für DIE LINKE die große Chance, sich mehr als bisher in das politische Geschehen in diesem Lande einzubringen und ihre Akzeptanz bei den Wählerinnen und Wählern zu erhöhen. Vielleicht könnte später einmal eine linke Mehrheit im Parlament - mit einer „geläuterten“ SPD - wieder in den Blickpunkt rücken.

Die nächste Ausgabe der „Mittelsächsischen LinksWorte“ erscheint am **Mittwoch, dem 21. März. Redaktionsschluss** ist am **Mittwoch, dem 14. März**. Unsere Leser bitten wir darum, für den Druck und die Auslieferung der „Mittelsächsischen LinksWorte“ an die Ortsverbände der LINKEN und die Bürgerbüros der LINKEN im Landkreis zu spenden. **Spendenempfehlung:** 12,00 Euro als Jahresbeitrag. Weitere Geldspenden sind unter Angabe des Verwendungszwecks „Spende für LinksWorte“ unter folgender Bankverbindung möglich:

DIE LINKE. Mittelsachsen

Sparkasse Mittelsachsen
IBAN: DE 87 8705 2000 3115 0282 10
BIC: WELADED1FGX

Kritische und polemische Zuschriften sind von der Redaktion ausdrücklich erwünscht. Bei Veröffentlichung bringen sie jedoch nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion zum Ausdruck.

Impressum

Herausgeber:



Postanschrift der Redaktion:

Kreisgeschäftsstelle der LINKEN
Redaktion „LinksWorte“
09599 Freiberg, Lange Straße 34
Telefon: 0 37 31 - 2 22 56
Telefax: 0 37 31 - 20 21 40
e-mail: hans.weiske@dielinke-mittelsachsen.de

Redaktion: Ruth Fritzsche, Achim Grunke, Sabine Lauterbach, Michael Matthes, Sabine Pester, Robert Sobolewski, Marika Tändler-Walenta, Kerstin Ufer, Hans Weiske (verantw. i.S.d.P.)

Layout und Satz: A•Bi•Te
Agentur für Bild und Text Dr. Hans Weiske
Birkenstraße 23 b
09557 Flöha/OT Falkenau

Druck: Druckerei Willy Gröer GmbH & Co. KG
Kalkstraße 2, 09116 Chemnitz

Internet: Die „LinksWorte“ findet man auch über die Webseite des Kreisverbandes der LINKEN. Über einen Link kann man dort neben der jeweils aktuellen Ausgabe ein Archiv mit allen seit September 2007 erschienen Ausgaben der „LinksWorte“ öffnen.

auf seite - drei -
- immer konsequent links -

unser monatlicher
aktueller meinungsbeitrag

Mein Gott, sind denn die Sozis von allen guten Geistern verlassen. Sie müssen doch allesamt den Verstand verloren haben. Beseelt von dem Gedanken, es den Christdemokraten heimzuzahlen und ihnen den Ring durch die Nase zu ziehen, vergessen sie, dass sie nun das Land und Europa regieren müssen – mit der erzwungenen Ansammlung von gewichtigen Ministerien. Und dann noch dieser Dilettantismus! Sie können allesamt nicht bis Drei zählen.

Am Wahlabend verkünden sie unter lautem Jubel der Anwesenden: Wir werden jetzt Opposition. Der Wähler hat es so gewollt. Für die Frage „Und wenn nichts Anderes geht außer (Mit-) Regieren?“ reicht ihr Horizont nicht. FDP-Lindner ist ein klügerer Spieler. Er setzt die Sozis in einem Zug MATT. Auf offener Bühne vollführen die Schulz, Nahles & Co. einen Veitstanz, weil sie immer noch nicht mitbekommen, wie der Hase läuft. Sie führen sich selber vor. Als sie endlich klar gemacht bekommen haben, dass sie müssen, kommt der nächste Schildbürger-Streich. Anstelle sich von Angie zu Kaffee und Kuchen ins Konrad-Adenauer-Haus einladen zu lassen und sich – entspannt zurückgelehnt – von der Mächtigen-Bundeskanzlerin erklären zu lassen, wie den die CDU mit den lieben Genossen regieren möchte, gehen mit ihnen abermals die Pferde durch. Sie gieren nach den ihrer Ansicht nach Schlüssel-Ministerien. Nach hinreichender Ziererei der CDU bekommen sie die auch. Frau Merkel muss innerlich gequiekt haben vor Vergnügen. Wenn nun etwas schief geht mit der GroKo, sind es die Genossen. Schließlich haben sie an die Schalthebel des Landes gedrängelt. Und nun kommt Akt Fünf der Burleske. Jetzt zeigen sie noch, dass sie keine Köpfe haben werden für ihre wichtigen Regierungssämter. Schulz ist weggebissen. Gabriel hat sich selber disqualifiziert mit seiner Show-Einlage. Die Nahles mit ihrem Gossen-Deutsch ist nicht tragbar. Und der gute Olaf, na ja – man wird sehen. Nur Einer wird sich nicht für dumm verkaufen lassen – der Wähler.

Man könnte das stille Feixen der Bundes-Physikerin zu einem lauten werden lassen. Doch jeder, der sich noch ein wenig verantwortlich fühlt, merkt, dass es langsam ernst wird mit der Zukunft des Landes, in dem wir alle leben. So ging Rom unter. Es merkte nur kaum einer, weil es sich über Jahrhunderte hinzog. Aber der Niedergang war unumkehrbar.

Eine Chance haben wir noch. Wenn die Unseren ihren gesunden Menschenverstand freilegten und ein paar kühne Marxsche Ideen für die drängendsten Fragestellungen hätten, dann – denke ich – wäre die absolute Mehrheit kaum noch zu verhindern. Jedoch ist unübersehbar, dass auch in der Frage der Zerstrittenheit an der Parteispitze Passfähigkeit zu der anderen Sorte Genossen hergestellt wird. (mm)

mahnung und erinnerung in terezín (theresienstadt)

von KERSTIN UFER

Gemeinsam mit VertreterInnen des tschechischen Parlaments und der tschechischen Regierung sowie mit Mitgliedern des Sächsischen Landtages und der Staatsregierung gedachte unsere Landtagsabgeordnete Dr. Jana Pinka am 24. Januar 2018 in der Gedenkstätte Terezín (deutsch Theresienstadt) der Opfer des Nationalsozialismus.

Im Beisein von Landtagspräsident Dr. Matthias Rößler, Ministerpräsident Michael Kretschmer, Jan Hamacek, Vorsitzender des tschechischen Abgeordnetenhauses, weiterer Regierungs- und ParlamentvertreterInnen, Bürgermeisterin Hana Rožčová, den Botschaftern Deutschlands in Tschechien und Tschechiens in Deutschland Dr. Christoph Israng und Tomáš

Geschichte gewähren. Greta Hess erinnerte auch an die etwa 15.000 Kinder, die in den sogenannten „Kinderheimen“ im Ghetto untergebracht waren. Für Tausende von ihnen war Theresienstadt nur Zwischenstation, bevor sie in die Vernichtungslager deportiert und dort ermordet wurden. An das Grauen von Theresienstadt wurde 2017 in Freiberg auf ganz besondere Weise erinnert: Hans Krása komponierte 1938 die Kinderoper Brundibar. Sie wurde 1941 im jüdischen Kinderheim in Prag uraufgeführt. Der 1942 nach Theresienstadt deportierte Komponist gab den Kindern des Ghettos ein Stück Normalität und Freude zurück, indem er das Stück mit ihnen einstudierte und mehr als 55 Mal aufführte. Leider mussten die Rollen oft neu besetzt werden. „Im Juni vergangenen Jahres brachte das Freiburger Theater erstmals in einer Gemeinschaftsproduktion mit dem Chor des Geschwister-



Die Landtagsabgeordnete JANA PINKA am berührenden Gräberfeld von Terezín (Theresienstadt)

Jan Podivínský sowie Rabbinern jüdischer Gemeinden beider Länder erinnerte Dr. Dagmar Lieblová, ehemalige tschechische Gefangene des KZ Theresienstadt an die Gräueltaten, die Nazis im ehemaligen Gestapogefängnis in der „Kleinen Festung“ und in der „Garnisonsstadt“, die als Transitlager auf dem Weg in die großen Vernichtungslager diente, begingen. Etwa 33.500 Menschen starben in Theresienstadt bzw. wurden hier ermordet. „Durch den Rassismus und die furchtbaren Verbrechen der Nationalsozialisten wurden Familien auseinandergerissen, Leben zerstört und Unschuldige für immer gezeichnet“, so die Worte der Schülerin Greta Hess vom bilingualen Friedrich-Schiller-Gymnasium Plauen. Sie betonte die Wichtigkeit, dass Überlebende wie Dr. Lieblová sich bereiterklären, von dem Erlebten und ihrem schweren Schicksal zu berichten und der jungen Generation damit einen persönlichen und realistischen Einblick in die

Scholl-Gymnasiums, Ensemblemitgliedern des Theaters, amerikanischen Studenten, einem kleinen Orchester und Kinderdarstellern die Oper „Brundibar“ zur Aufführung, die mir noch lange im Gedächtnis bleichen wird. Die Gedenkstätte ist heute ein Ort der Erinnerung und Mahnung, aber auch der Versöhnung zwischen Deutschen und Tschechen“, so Jana Pinka.

Die „Abgänge“ aus dem KZ Terezín

In Vernichtungslager deportiert:	88.202
In Terezín verstorben:	33.456
Befreit:	1.654
Geflohen:	764
Verhaftet und vermutlich umgebracht:	276
Am 9. Mai 1945 überlebt:	16.832

So etwas hat es in der Bundesrepublik Deutschland noch nicht gegeben: Nach den Bundestagswahlen dauert es fast ein halbes Jahr, bis überhaupt feststehen wird, wie es politisch weitergeht. Gegenwärtig leckt man in den drei Parteien der GroKo die Wunden, welche die Koalitionsverhandlungen geschlagen haben. Der Koalitionsvertrag - unter Schmerzen geboren - liegt vor und wird in der LINKEN kommentiert.

Wir dokumentieren die Erklärung der beiden Parteivorsitzenden der LINKEN **KATJA KIPPING** und **BERND RIEXINGER** vom 7. Februar und die Erklärung der Landesvorsitzenden **ANTJE FEIKS** vom gleichen Tag. Außerdem geht es um die bevorstehenden Regionalforen der LINKEN „Partei in Bewegung“.

„soziale politik wird weiterhin in der opposition gemacht“

Die Vorsitzenden der Partei DIE LINKE, **KATJA KIPPING** und **BERND RIEXINGER** erklären:

Die SPD-Spitze steht zwischen Angela Merkel und vielen ihrer eigenen Mitglieder. Ganz offensichtlich haben sich Andrea Nahles und Martin Schulz für eine weitere Staffel in der Rolle der Juniorpartnerin einer Regierung unter Angela Merkel entschieden. Der GroKo 3 fehlt jede visionäre Substanz. Merkel, Seehofer und Schulz wollen weitere vier Jahre über die Bedürfnisse und Interessen der Menschen hinweg regieren. Statt die soziale Ungleichheit durch Umverteilung zu stoppen bleiben Reiche und Vermögende verschont. Die Politik der Schwarzen Null regiert weiter. Damit bleiben die geplanten Verbesserungen im Koalitionsvertrag unterm Strich wirkungslos. Reiche und Vermögende bleiben weiterhin verschont, die restlichen 90 Prozent der Bevölkerung müssen sich mit symbolpolitischen Maßnahmen zufriedengeben. Mit dieser GroKo tritt Deutschland sozial und ökologisch auf der Stelle.

Für DIE LINKE heißt das: Soziale Politik wird weiterhin in der Opposition gemacht. Wir sind entschlossen in Bewegung: mit MietrebellInnen, unermüdlichen AktivistInnen und unseren Mitgliedern setzen wir die GroKo weiter unter Druck - in den Parlamenten, auf der Straße, im Betrieb.

Schlechtes Klima soweit die GroKo reicht

Katja Kipping: „Die GroKo hat vorsorglich die Klimaziele für 2020 kassiert. Angesichts der Bedeutsamkeit - die Bekämpfung von Armut und Klimawandel ist nicht weniger als die entscheidende Voraussetzung für die Zukunft der Menschheit - sind die Unterlassungssünden der GroKo bei Umwelt- und Energiepolitik schlicht verantwortungslos. CO2 verringern, Fracking verbieten, aus Kohle und Atomkraft aussteigen, massiv in erneuerbare Energie investieren, Energiekonzerne entmachten - die Aufgabenliste ist lang, das Interesse der Koalitionäre gering.“

Der große Rentenbluff

Bernd Rixinger: „Das Rentenniveau für die kommenden 7 Jahre bei 48 Prozent zu belassen ist keine Errungenschaft der SPD, sondern längst im Rentenbericht verankert. DIE LINKE fordert eine Anhebung des Rentenniveaus auf lebensstandardsichernde 53 Prozent. Die Grundrente, die Horst Seehofer freudestrahlend ankündigte, soll 10 Prozent mehr als die Grundsicherung betragen. Wer weniger als 1050 Euro zum Leben hat, ist von Armut bedroht. Es reicht ein Blick in die Statistiken zur Armutsentwicklung oder zur Explosion der Mieten. Daher müsste auch eine Mindestrente oberhalb von 1000 Euro liegen. Statt endlich für Gerechtigkeit bei den Rentnern in Ostdeutschland zu sorgen, will die GroKo Almosen verteilen - der geplante Härtefall-Fonds ist ein Instrument der Demütigung.“

Weder sozial, noch christlich: schwarz-rote Asylpolitik

Katja Kipping: „Beim Thema Familiennachzugs haben die Spitzen von CSU, CDU und SPD kurzen Prozess gemacht und zeigen sich von ihrer unchristlichen und familienunfreundlichen Seite: Auch weiterhin dürfen Familien, die auf der Flucht zerrissen werden, nicht zueinander finden. Das Werben der SPD-Spitze mit vermeintlichen Neuerungen beim Familiennachzug ist ruchlos, schwenkt sie doch damit auf den Rechtskurs der Union ein.“

Prekäre Beschäftigung wird ausgeweitet

Bernd Rixinger: „Die SPD ist auch mit ihrer Forderung nach einem Verbot sachgrundloser Befristungen gescheitert. Stattdessen hat sie sich mit einer Obergrenze

abhängig von der Unternehmensgröße auf einen typischen faulen Kompromiss geeinigt. Ich sehe keinen Grund, warum es sachgrundlose Befristungen weiterhin geben soll.

Eine SPD, die es auch nur ansatzweise ernst meint mit ihren Versprechen von sozialer Gerechtigkeit hätte sich zudem das Projekt „12 Euro Mindestlohn“ auf die Fahnen schreiben müssen. Doch offenbar interessiert sie nicht mehr für ihr einstiges Prestigeprojekt: der von Ausnahmen durchlöcherter und vor Missbrauch kaum geschützter Mindestlohn ist den Sozialdemokraten nicht mehr der Rede wert. Verständlich - ist der Mindestlohn mit 8,84 Euro doch ohnehin kein brauchbares Instrument, um Beschäftigten eine armutsfeste Rente zu sichern.

Mit den so genannten Midijobs blähen Union und SPD den Niedriglohnsektor weiter auf und öffnen der Prekarisierung Tür und Tor. Der Koalitionsvertrag sieht eine Öffnungsklausel für Tarifverträge vor. Tarifbindungen werden damit geschwächt - was immer dazu führt, dass Löhne und Gehälter sinken.“

Zwei-Klassen-Medizin statt Bürgerversicherung

Auch bei der Abschaffung der Zwei-Klassen-Medizin hat die SPD-Spitze außer der Einführung der paritätischen Krankenkassenbeiträge nichts erreicht. Die Einsetzung einer Kommission, die sich mit einer möglichen Angleichung der Arzt-Honorare für gesetzlich und privat Versicherte beschäftigen soll, ist kein Schritt in Richtung einer Bürgerversicherung, sondern eine Blockade- und Verzögerungstaktik.

Soziale Ignoranz gegenüber den Ärmsten

Katja Kipping: „Statt engagiertem Kampf gegen Armut herrscht bei Schwarz-Rot soziale Ignoranz gegenüber den Ärmsten vor. Die Merkel-Unterstützer bei den Sozialdemokraten wollen nicht von der Agenda 2010, lassen. Bei der SPD Delegation haben sich offensichtlich diejenigen durchgesetzt, denen die Millionen Hartz-IV-Betroffenen in diesem Lande egal sind. Keine Abmilderung bei den hartz-IV-Sanktionen, keine Erhöhung des Regelsatzes. Das Hartz-IV-Unrecht wird zementiert. Angesichts der Milliardenüberschüsse sind die konkreten Verhandlungsergebnisse Ausdruck sozialer Kälte und Ignoranz.“

Die Schieflagen werden zementiert

Bernd Rixinger: „In Deutschland besitzen die 45 reichsten Haushalte so viel wie die ärmere Hälfte der Bevölkerung. „Dass SPD und Union an dieser massiven Ungleichheit nichts ändern wollen, ist eine Schande. Mit der GroKo gäbe es weder Steuererhöhungen für Reiche - von der im SPD Programm geforderten Vermögenssteuer ganz zu schweigen - noch die dringenden Steuererleichterungen für Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen. Der Spitzensteuersatz schlägt auch weiter bereits bei Gehaltsgruppen wie Lehrern oder Facharbeitern zu. Gerechter wäre ein Spitzensteuersatz, der erst ab 70.000 Euro zu versteuerndem Einkommen im Jahr ansetzt, dafür aber wie zu Helmut Kohls Zeiten 53 Prozent beträgt. Kurzum: Ohne Umverteilung und kräftige Investitionen in das Gemeinwesen zementiert die GroKo die soziale Ungleichheit weiter. Der Soli ist die am stärksten progressive Steuer unserer Einkommensteuer - ihn abzuschaffen entlastet nicht vor allem geringe Einkommen. 80% der Einnahmen werden von den oberen 20% der Einkommen erbracht. Viele Menschen mit geringen Einkommen zahlen gar keinen Soli. Es fehlen damit 10 Mrd. Euro, die dringend für Investitionen gebraucht würden. Es ist unbegreiflich, wie der Koalitionsvertrag hierauf verzichten kann. Mindestens 53 Mrd. Investitionsstau in der Bildung stehen rund 5 Mrd. Euro gegenüber, die die Koalition in der gesamten Legislatur in Bildung investieren will.“

Gegen die organisierte Unlust

Katja Kipping: „Wir erleben nicht den Aufbruch einer großen Koalition, sondern den Rumpelstart einer Klein-Klein-Koalition, die schon jetzt, bevor sie überhaupt angefangen hat, keine Umfragemehrheit mehr hat. Die SPD-Führung hat sich für Angela Merkel entschieden, aber ich hoffe die SPD-Basis entscheidet sich für ein mutiges „Nein“. Denn sonst droht die gute alte Sozialdemokratie zum politischen Untoten zu werden und den Weg alles Irdischen zu gehen. Dieses Auf der Stelle treten von SPD und Union wird der Polarisierung im Land nichts entgegenzusetzen können. Es ist wirklich Zeit etwas Neues zu wagen. Sonst hört das Gestern nie mehr auf, zu regieren. Der Anfangssatz von Samuel Becketts Roman ‚Murphy‘ fasst das Ende der GroKo-Koalitionsverhandlungen gut zusammen: ‚Die Sonne schien, da sie keine Wahl hatte, auf nichts Neues.‘“

von cdu/csu und spd

„erst zu spät und dann auch noch schlecht“

ANTJE FEIKS, Landesvorsitzende der LINKEN Sachsen erklärt:

Das zähe Ringen um Positionen hat ein Ende. Mit drei Tagen Verlängerung, haben sich die Vertreter*innen der Parteien CDU, CSU und SPD auf einen Koalitionsvertrag geeinigt. **Im Ergebnis verspielt die SPD die große Chance, einen politischen Wechsel herbeizuführen und personelle Änderungen zu bewirken.**

Gerade durch die anfängliche kategorische Ablehnung einer erneuten GroKo, hat sich die SPD einen strategischen Handlungsspielraum erarbeitet, um substantielle Veränderungen bewirken zu können. CDU/CSU waren auf das Wohlwollen der SPD angewiesen, um erneut regieren zu können. Leider zeigt das Ergebnis der Verhandlung, dass dieser Spielraum nicht ausgenutzt wurde.

Beim Thema Familiennachzug präsentieren sich alle Beteiligten als Sieger. Zumindest augenscheinlich. Als Verliererin geht die SPD vom Platz. Die Fixierung eines Zahlen-

kontingents führt in der Praxis zu unmenschlicher Asylpolitik. Weitere Ziele, wie die Einführung einer Bürgerversicherung oder einer Abrüstungspolitik konnten auch nicht durchgesetzt werden. Warum an einer Verlängerung der Laufzeit zur Braunkohlförderung festgehalten wird, bleibt unklar. Dies ist bekanntermaßen weder nachhaltig noch zukunftsorientiert.

Sicherlich, es gibt ein paar gute Ansätze: Stichwort Kinderrechte im Grundgesetz. Es freut uns, dass die angehenden Regierungsparteien dieses Thema schon 30 Jahre nach Verabschiedung der UN-Kinderrechtskonvention auch endlich mal angehen wollen. Davon abgesehen muss konstatiert werden, dass der Koalitionsvertrag in Gänze keine wirklichen Änderungen bewirkt. Mut zur substantiellen, konkreten Änderung zeigt sich wenig, Absichtsbekundungen umso häufiger.

Nun ist die SPD-Basis gefragt, darüber zu befinden, ob sie weitere vier Jahre Stillstand möchte oder für tatsächliche Veränderung im Land einsteht.

einladung zu regionalforen der linken in sechs städten

Die neue alte Große Koalition steht. DIE LINKE wird eine starke soziale Opposition sein. Was sind die Aufgaben, die Themen, die Kampagnen, die wir uns jetzt vornehmen? DIE LINKE hat Stimmen bei der Bundestagswahl hinzugewonnen und viele neue, vor allem junge Mitglieder sind eingetreten. **Was sind die Aufgaben, vor denen wir jetzt stehen?** Seit der Bundestagswahl werden einige Fragen in der Partei engagiert diskutiert. Zum Beispiel, ob wir den Bezug zu wichtigen gesellschaftlichen Gruppen, Klassen, linkem Klientel verlieren und ob unsere Verluste und Gewinne im Zusammenhang mit (einigen von) unseren Positionen stehen. **Sollten wir unsere Positionen im Bereich von Flucht und Asyl, Grenzen, Einwanderungsgesetz ändern, beibehalten, konkretisieren? Was folgt für uns aus dem relativen Erfolg der AfD, dem Rechtsruck in der Gesellschaft für die LINKE Arbeit (vor Ort)?** Wir möchten diese Fragen mit euch diskutieren, und zwar auf den Regionalforen „Partei in Bewegung“. Wir überlegen dort gemeinsam, in was für einer LINKEN wir Politik machen wollen. Und wir wollen uns über das Ankommen von neuen Mitgliedern in der Partei austauschen. Mitglieder des Parteivorstandes und die Parteivorsitzenden werden ebenfalls teilnehmen.

Programm der Regionalforen

- 11.00 bis 13.30 Uhr: Austausch zur politischen Lage und Herausforderungen der LINKEN (Input, Diskussion im Plenum und in Arbeitsgruppen)
- 14.00 bis 15.30 Uhr: Wen wollen wir ansprechen und wie? Zur Frage von Klassen und linken Milieus
- 15.30 bis 17.00 Uhr: Partei in Bewegung – Welche LINKE wollen wir? Wie soll die Partei aussehen, in der wir gern mitmachen? Wie wollen wir Politik machen?

Im „Osten“ finden die Regionalforen in **Erfurt** (am 18. März) und in **Berlin** (am 28. April) statt. Online-Anmeldungen sind im Internet möglich. Details können auf www.die-linke.de abgerufen werden.

freiberg kommt nicht aus den schlagzeilen

Ein pikanter Forderungsbrief an das Bundeskanzleramt, die Pleite von Solarworld, die an übelsten AfD-Jargon erinnernden „Freiberger Thesen“ und jetzt der geplante Aufnahmestopp für anerkannte Flüchtlinge in der Stadt: Freiberg kommt unter der Ägide des SPD-Oberbürgermeisters Sven Krüger nicht zur Ruhe.

Da viele Details durch die regionale - und in diesem Fall auch die überregionale - Presse gingen, an dieser Stelle nur soviel: Freiberg will in den nächsten vier Jahren keine neuen Flüchtlinge mehr aufnehmen. So hat es der Stadtrat am 1. Februar mehrheitlich beschlossen. SPD und CDU hatten ursprünglich den Zuzugsstopp für zwei Jahre beantragen wollen. Doch kurzfristig wurde durch die beiden Fraktionen ein Zeitraum von vier Jahren beantragt. Der Beschluss solle nun ans Land gehen, der Innenminister entsprechende Weisungen an das Landratsamt Mittelsachsen weitergeben, so die Forderung von Krüger. Er begründet seinen Vorstoß u.a. damit, dass mehr als 2.000 Flüchtlinge und Asylsuchende, d.h. 70 Prozent der Migranten des Landkreises Mittelsachsen in Freiberg untergebracht seien und damit die Kapazitäten der Stadt an ihre Grenzen stoßen.

*Wir dokumentieren im folgenden Wortmeldung von Dr. **JANA PINKA**, Landtagsabgeordnete der LINKEN und Mitglied des Freiburger Stadtrates, des Fraktionsvorsitzenden der LINKEN im mittelsächsischen Kreistag, **GOTTFRIED JUBELT**, sowie der Kreisvorsitzenden der LINKEN, **Marika Tändler-Walenta** zu verschiedenen Aspekten der Auseinandersetzung. Diese Beiträge fanden teilweise Widerspiegelung in der Presse.*

Auszug aus der Rede von Dr. Jana Pinka am 1. Februar im Sächsischen Landtag:

Heute Nachmittag steht auf der Tagesordnung des Freiburger Stadtrates ein „Beschluss zur Beantragung einer negativen Wohnsitzauflage (Zuzugsbeschränkung) für das Stadtgebiet Freiberg durch Erlass des Freistaates Sachsen im Rahmen der Förderung einer nachhaltigen Integration von Ausländern in die Lebensverhältnisse der Bundesrepublik Deutschland gemäß § 12a Abs.4 und Abs.9 Aufenthaltsgesetz befristet bis 31.12.2019“.

Der Oberbürgermeister führt damit den Stadtrat in eine rechtswidrige und unzulässige Entscheidung. Nicht nur unsere Fraktion, sondern auch der Innenminister Prof. Wöllner ist der Auffassung, dass es keine gesetzliche Grundlage für einen derartigen Antrag der Stadt Freiberg beziehungsweise für den begehrten „Erlass“ einer solchen „negativen Wohnsitzauflage“ gibt. Sie würde auf eine pauschale, einen unbestimmten Personenkreis treffende, faktisch flächendeckende Zuzugsbeschränkung für geflüchtete Menschen hinauslaufen – schon jetzt wirbt der rechte Rand dafür, dass weitere Städte nachziehen. Im Fall Freiberg vermag Frau Integrationsministerin Köpping offenbar erst nächste Woche zwischen Oberbürgermeister Krüger und Mittelsachsens Landrat Damm zu schlichten.

Die Stadt Freiberg und nicht nur sie braucht dringend Unterstützung und noch heute die Diskussion des Antrages, um ihre Integrationsleistungen für Flüchtlinge erbringen zu können. Denn es scheint sich hier um einen

Hilferuf zu handeln, weil es offenbar an finanzieller, organisatorischer und personeller Unterstützung fehlt, und zwar von der Staatsregierung und dem Landratsamt Mittelsachsen, unbeschadet unserer kritischen Bewertung der Form dieses Hilferufes.

Erklärung von Dr. Jana Pinka zur beantragten Sondersitzung des Innenausschusses des Landtages am 7. Februar:

Ich habe beim Landratsamt Mittelsachsen Rechts- und Fachaufsichtsbeschwerde gegen den aus unserer Sicht rechtswidrigen Stadtratsbeschluss erhoben. Ich erwarte von der Stadtspitze korrekte Angaben zu Geflüchteten-Zahlen und Kapazitätsproblemen, wie sie der Landrat heute im Ausschuss geliefert hat. Ohne Datenbasis werden die Gespräche mit der Landesregierung über eine bessere Unterstützung der Stadt, die auch wir fordern, kaum erfolgreich sein. Flankiert werden müssen sie durch ein dezentrales Unterbringungskonzept im Landkreis.

Gottfried Jubelt zu aktuellen Entwicklungen in der Flüchtlingsfrage:

Im Dezember 2017 war eine Delegation aus dem Partnerkreis Calw zu Besuch. Teil des Programms war eine Gesprächsrunde im Rathaus Freiberg mit Vertretern der Fraktionen und der Verwaltung. Der OB, Herr Krüger, hat die Gelegenheit genutzt und sich über zunehmende Kriminalität in Verbindung mit der

Fortsetzung Seite -6-

freiberg kommt nicht aus den schlagzeilen

zunehmenden Zahl von Migranten in seiner Stadt ausgelassen. Das war nicht nur mir peinlich, da der Wahrheitsgehalt der Aussagen durchaus in Frage steht! Leider musste Herr Krüger kurz darauf die Runde wegen anderer Termine verlassen. Danach hat nämlich der Calwer Kämmerer aus seiner Heimat etwas ganz anderes geschildert. Er wohnt in einem OT von Calw mit ca. 3000 Einwohnern und davon sind rd. 300 Migranten. An Probleme mit ihnen konnte er sich überhaupt nicht erinnern. In seiner Heimat sind die Flüchtlinge nicht auffällig und um Integration bemüht.

Obwohl nach Informationen der Stabsstelle Asyl des LRA seit Oktober 2016 bis Ende 2017 die Kapazität in den Gemeinschaftsunterkünften der Stadt bereits um 572 Plätze reduziert wurde und im I. Quartal 2018 nochmals ein Abbau von 250 Plätzen erfolgen soll, hat der Stadtrat von Freiberg mehrheitlich den Beschluss gefasst, den weiteren Zuzug anerkannter Asylbewerber auf vier Jahre auszusetzen! Anfang Februar wurde der Antrag vor dem Innenausschuss des Landtages behandelt. Der Landrat hat dort seinen Standpunkt dargelegt, während Herr Krüger der Beratung wegen „anderer wichtigere Termine“ einfach ferngeblieben ist! So etwas hat er bereits im Dezember-Kreistag praktiziert. Nachdem er seine durchaus nicht unberechtigte Kritik an der Entwicklung der Kreisumlage vorgebracht hat, hat er die Sitzung einfach verlassen, um an der Verabschiedung des scheidenden Ministerpräsidenten Tillich teilzunehmen.

Ungeachtet dessen hat das Landratsamt, speziell die Stabsstelle Asyl, an der Situation in Freiberg einen beachtlichen Anteil! Da es wahrscheinlich am einfachsten war, wurden immer die Unterkünfte in Freiberg zuerst belegt. Gleichzeitig wurden die Angebote zur Unterbringung in Wohnungen anderer Kommunen einfach nicht genutzt. So hatte z.B. die Stadt Oederan nicht nur Wohnungen angeboten, sondern bereits Anfang 2017 einen Asylkoordinator eingestellt. Der musste aber zwischenzeitlich wieder entlassen werden, weil das Angebot von der Stabsstelle bzw. der GSQ einfach nicht genutzt wurde. Das lag wahrscheinlich daran, dass die kommunale Wohnungsgesellschaft der Stadt den vorgelegten Mietvertrag so nicht unterschrieben hat. Aber anstatt gemeinsam mit der Stadt nach einer einvernehmlichen

Lösung zu suchen, wurde das Brett an der dünnsten Stelle gebohrt und die Freiburger Kapazitäten genutzt. Dabei war Oederan nicht die einzige Kommune, der es so ergangen ist. Auch das für über 2 Millionen extra umgebaute Gebäude des LRA in Brand-Erbisdorf steht leer!

Aus den genannten Gründen wird unsere Fraktion im Kreistag März einen Antrag einbringen, mit dem der Landrat beauftragt werden soll, umgehend ein Konzept für die dezentrale Unterbringung und die Integration der Flüchtlinge im Landkreis vorzulegen. Auch wenn der Landrat immer wieder betont, dass der Kreis lediglich Unterbringungsbehörde ist, können wir uns nicht aus der Verantwortung stellen. Im Gesellschaftsvertrag der landkreiseigenen GSQ steht im §1, dass die Gesellschaft für die soziale und sonstige Betreuung der Flüchtlinge zuständig ist!

Zu einem von der SPD organisierten Initiativtreffen am 6. Februar erklärt Marika Tändler-Walenta:

Der Oberbürgermeister der Stadt Freiberg hat trotz einer stabilen Haushaltslage und einer gegenwärtigen Flüchtlingsquote von unter fünf Prozent eine Abstimmung im Stadtrat initiiert, die der Außenwirkung von Freiberg und Mittelsachsen erneut schadet. Mittelsachsen hatte zuletzt bundesweite Aufmerksamkeit, als ein damals ankommender Flüchtlingsbus in Clausnitz angegriffen wurde und es zu traurigen Szenen kam.

Erneut müssen all diejenigen, die sich seit Jahren für eine gelungene Integration in Freiberg und anderen Städten einsetzen um das Erreichte bangen, geht mit dem Stadtratsbeschluss ein fatales Signal einher. Dabei hat sich die hiesige SPD leider auf einen schmalen Pfad begeben. Durch ihre Regierungsbeteiligungen, sowohl in Sachsen als auch mit der erneuten Groko auf Bundesebene, hat die SPD seit Jahren die Möglichkeit entsprechende Fehlentwicklungen entgegenzusteuern. Dass die SPD nun aber in Mittelsachsen das Spiel vom OBM Krüger mitspielt enttäuscht mich persönlich sehr. Mit dem für morgen einberufenen Initiativtreffen wird nun versucht die Wogen zu glätten. Diese Doppelmoral wird nicht zu den erhofften Ergebnissen führen, wovon wir uns im Superwahljahr 2019 überzeugen werden können.

anlässlich des gedenktages für die opfer des

von Kreisrat **DR. ACHIM GRUNKE**

Das Hauptgebäude des Landratsamtes Mittelsachsen in Freiberg an der Frauensteiner Straße heißt nun „Werner Hofmann-Haus“. Die Namensweihe geschah bei einem Festakt am 27. Januar 2018, dem Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus.

Eingeladen zu dem Festakt waren die Mitglieder des Kreistags sowie die beiden ehemaligen Landräte Eberhard Löffler und Volker Uhlig. Außerdem gab es in der Freien Presse den Hinweis, dass Interessierte willkommen sind. Mit einem Festvortrag angekündigt war Dr. Michael Düsing von der Freiburger Geschichtswerkstatt. Von der Fraktion der LINKEN im Kreistag waren der Einladung gefolgt: Uwe Fankhänel, Achim Grunke, Thomas Kempe und Uwe Krause.

In seiner Eröffnungsrede zum Festakt erklärte Landrat Matthias Damm, dass mit der Namensgebung des Hauses an der Frauensteiner Straße „eine herausragende Freiburger Persönlichkeit (gehört wird), die sich für die Stadt und Region verdient



Oberes Bild: die Landräte a.D. **EBERHARD LÖFFLER** UND **VOLKER UHLIG** (von links) enthüllen am Tag für die Opfer des Nationalsozialismus die Gedenktafel für Werner Hofmann im Eingangsbereich des Landratsamtes in Freiberg.
Unteres Bild: Landrat **MATTHIAS DAMM** (Bildmitte) im Gespräch mit **RAINER TIPPMANN**, Stadtrat der LINKEN und dem Kreisrat der LINKEN, **UWE FANKHÄNEL**.

gemacht hat. Gleichzeitig gedenken wir aller Opfer, insbesondere hier an dieser Stelle des schweren Schicksals von rund 1000 jüdischen Zwangsarbeiterinnen“. Bezug nehmend auf die Reden der ehemaligen Bundespräsidenten Weizsäcker und Herzog mahnte Landrat Damm an, angesichts der politischen Umtriebe Ewiggestriger die Zeit der Naziherrschaft nicht der Vergessenheit zu überlassen und in Erinnerung daran, Lehren für heute und die Zukunft zu ziehen. Richard

nationalsozialismus - das gebäude des landratsamtes in freiberg heißt jetzt werner-hofmann-haus

v. Weizsäcker hatte in seiner denkwürdigen Rede vom 8. Mai 1985 gesagt: „Würden wir unsererseits vergessen wollen, was geschehen ist, anstatt uns zu erinnern, dann wäre das nicht nur unmenschlich. Sondern wir würden damit dem Glauben der überlebenden Juden zu nahe treten, und wir würden den Ansatz zur Versöhnung zerstören.“ Und Roman Herzog bemerkte in seiner bedeutungsvollen Rede am 19. Januar 1996 zum Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus: „Warum diese Rückschau heute, nach über 50 Jahren? Warum vor allem unser Wille, die Erinnerung lebendig zu halten? Wäre nicht auch der Wusch verständlich, Gewesenes zu vergessen, die Wunden vernarben und die Toten ruhen zu lassen? Tatsächlich könnte heute das Vergessen eintreten; denn Zeitzeugen sterben, und immer weniger Opfer können das Grauen des Erlittenen persönlich weitertragen. Geschichte verblasst schnell, wenn sie nicht Teil des eigenen Erlebens war. Deshalb geht es darum, aus der Erinnerung immer wieder lebendige Zukunft werden zu lassen. Wir wollen nicht unser Entsetzen konservieren. Wir wollen Lehren ziehen, die auch künftigen Generationen Orientierung sind.“

Dr. Michael Düsing wollte in seinem Festvortrag nicht die Tatsache unterdrücken, dass es immer wieder auch Stimmen gebe, die ein Ende solcher Geschichts- und Jugendarbeit fordern. In Freiberg wurde öffentlich beklagt, dass die „Konfrontation junger Menschen in den Schulen mit den unsäglichen Naziverbrechen“ dazu führe, dass sie „keine Chance mehr hätten, sich mit ihrer Nation zu identifizieren“. Die Folgen seien „Selbsthass“ und „psychische Deformationen.“

Darauf entgegnete Düsing: „Wir haben ganz andere Erfahrungen. Viele junge Leute entwickeln aus solchen Projekten und Begegnungen heraus umso mehr Stolz auf unser Land und auf unsere Stadt – Stolz darauf, in einer von der mörderischen braunen Diktatur so diametral unterschiedlichen freien, demokratischen und offenen Gesellschaft zu leben und sich hier aktiv einbringen zu können.“

Abschließend bedankte sich Dr. Düsing bei der Landkreisverwaltung Mittelsachsen, den Landräten a.D. Eberhard Löffler und Volker Uhlig und Landrat Matthias Damm für die kontinuierlich erwiesene Unterstützung der Jugend- und Begegnungsarbeit. Das habe nicht zuletzt dazu beigetragen, dass die Geschichtswerkstatt Freiberg unter der Trägerschaft der Eckert-Schulen im November 2017 in Dresden den Sächsischen Förderpreis für Demokratie für die Zeitzeugen-Begegnungsarbeit entgegennehmen konnte.

Dem Hauptteil seines Festvortrags widmete Michael Düsing dem Leben und Schicksal von Werner Hofmann, der 1878 in Meiningen geboren, von 1906 bis 1930 Betriebsdirektor der Porzellanfabrik Freiberg war. Unter seiner Leitung entstand Anfang der zwanziger Jahre in der Frauensteiner Straße das europaweit modernste Porzellanwerk, in dem elektrotechnisches Porzellan hergestellt wurde. Als Betriebsleiter kooperierte er eng mit Bergakademie Freiberg, erhielt dort 1929 die Ehrendoktorwürde, „in Anerkennung seiner hervorragenden Verdienste um die wissenschaftliche, technische und organisatorische Förderung der deutschen Elektro-Porzellanindustrie“, so der damalige Rektor Franz Kögler in seiner Laudatio.

Wegen der Weltwirtschaftskrise wurde das Freiburger Werk zu Anfang der 1930er Jahre aufgegeben. Mit der Machtergreifung der Nazis 1933 begann für Werner Hofmann der soziale Absturz. Er war inzwischen nach Dresden umgezogen und bekam als Jude bald die Ausgrenzung aus der „deutschen Volksgemeinschaft“ zu spüren. Die Bergakademie Freiberg, mit der er über Jahrzehnte aufs Engste zusammengearbeitet hatte, brach alle Beziehungen zu ihm ab. Sein Name wurde ab 1934/35 nicht mehr im Personal- und Vorlesungsverzeichnis der Bergakademie geführt. Außerdem wurde sein Name im Verzeichnis der Ehrendoktoren durchgestrichen und mit dem Vermerk „Jude“ gekennzeichnet. Über 60 Jahre später, im Juli 1996, hob der Senat der TU Bergakademie diese Streichung auf, zur gleichen Zeit, als auch am Landratsamt die Ehrentafel für Werner Hofmann unter der ein Jahr zuvor angebrachten Gedenktafel für die jüdischen Zwangsarbeiterinnen enthüllt wurde.

Wie Michael Düsing in seinem Vortrag ausführte, müssen die Novemberpogrome 1938 den Lebenswillen Werner Hofmanns endgültig gebrochen haben. Er ließ testamentarisch noch regeln, dass seine Ehefrau als Alleinerbin eingesetzt wurde und suchte dann den Freitod.

Das Gebäude ehemaligen Porzellanfabrik in der Frauensteiner Straße diente nach der Schließung des Werks zunächst als Kaserne der Wehrmacht und von 1943 bis 1945 als Verwaltungssitz der unter dem Tarnnamen „Freia GmbH“ hier angesiedelten Rüstungsfabrik. Dazu wurden tausend jüdische Mädchen und Frauen, zusammengetrieben aus Ghettos in Lodz, Theresienstadt, Sered oder Westerbork, im Herbst 1944 auf der Rampe in Auschwitz ausgesucht, um zur Zwangsarbeit in die nun leerstehenden Produktionshallen an der Frauensteiner Straße verfrachtet zu werden, wo in den letzten Tagen des „Dritten Reiches“ Teile für eine von Hitlers „Wunderwaffen“, den strahlgetriebenen Jagdbomber

-Arado Ar 234 B, produziert werden sollten.

Die Ehre, die Tafel im Eingangsbereich des Landratsamtsgebäudes mit dem Titel „Werner-Hofmann-Haus“ zu enthüllen, fiel den beiden Landräten a.D. Eberhard Löffler und Volker Uhlig zu, die beide in ihrer Amtszeit bereits viel für die Ehrung von Werner Hofmann getan und auch die Namensgebung des Hauses mit auf den Weg gebracht hatten. Die Tafel gibt Auskunft über die Lebensdaten von Werner Hofmann und über die Geschichte des Gebäudes.

das barockschloss wechselburg verfällt zusehens - die linke engagiert sich für dessen erhalt



Einer der Glanzpunkte des Landkreises Mittelsachsen: Der Komplex, bestehend aus romanischer Basilika (oben), Kloster und Barockschloss (unteres Bild) in Wechselburg. Während große Teile des Komplexes aufwändig saniert wurden, droht dem Schloss der völlige Verfall. Die Fraktionsvorstände der LINKEN **GOTTFRIED JUBELT** und **PETER KRAUSE** nahmen sich gemeinsam mit Kreisrat **DAVID RAUSCH** der Sache an. Bei der Landkreisverwaltung forderten sie einen Besichtigungstermin, der am 5. Februar realisiert wurde. In unserer März-Ausgabe berichten wir dazu an dieser Stelle.

die mittelsächsische linke und ihre projekte in den jahren 2018 und 2019

Mit zwei Vorstandssitzung im Januar (wir berichteten) und am 14. Februar startete der Kreisverband der LINKEN in das „Zwischenwahljahr“ 2018. Nebenstehend veröffentlichen wir aus der Januar-Beratung einen von **MARIKA TÄNDLER-WALENTA** erarbeiteten **Projektvorschlag im Rahmen der „Offensive ländlicher Raum“**. Am 14. Februar beriet der Kreisvorstand im Bürgerbüro Rochlitz. Als Gast war der Bundestagsabgeordnete der LINKEN, **MICHAEL LEUTERT**, zu Gast, welcher sich künftig im ehemaligen Bürgerbüro von **JÖRN WUNDERLICH** engagieren wird. Außerdem ist es die Heimstätte des Ortsverbandes Rochlitz-Geringswalde der LINKEN sowie der solid-Jugend der Region. Die Beratung wurde öffentlich beworben und PressevertreterInnen eingeladen.

Am 27. Januar führt der Kreisvorstand eine Beratung mit den Orts- und Basisgruppenvorsitzenden durch. Thema der Beratung wird eine erste Verständigung in Vorbereitung der Kommunalwahlen 2019 und der damit verbundenen strategischen und organisatorischen Fragen sein. An dieser Beratung, über die wir im März ausführlich berichten, werden Landesvorstandsmitglied **LARS KLEBA** und der Kreismitgliedbeauftragte **EYK FECHNER** teilnehmen.

Die Vorgeschichte ist bekannt: Unser ehemaliger Bundestagsabgeordneter **JÖRN WUNDERLICH**, der das Bürgerbüro der LINKEN in der Rochlitzer Burgstraße betrieben hat, konnte keinen erfolgversprechenden Platz auf der Landesliste Sachsen für die Bundestagswahl und erwartungsgemäß auch das Direktmandat in seinem Bundestagswahlkreis nicht erringen. Damit stand auch die weitere Existenz des Bürgerbüros in Rochlitz auf der Kippe. Mit Unterstützung der sächsischen Landesgruppe der Bundestagsabgeordneten der LINKEN (deren Größe nach den letzten Bundestagswahlen leider von acht auf sechs Mitglieder zusammengeschrumpft ist) bleibt das Büro erhalten. Das ist Ergebnis der Beratung



des Kreisvorstandes mit dem Bundestagsabgeordneten **MICHAEL LEUTERT** am 14. Februar (unser Bild). Die Rochlitzer Genossinnen und Genossen haben in den vergangenen Wochen dem Büro ein neues Ambiente gegeben. Michael Leutert sagte zu, dass er gemeinsam mit seinen MitarbeiterInnen **KATRIN PRIKSCHA** und **HEIKO WEIGEL** außer seinem angestammten Chemnitzer Wahlkreis künftig auch die Ortsverbände in Rochlitz und Marienberg mit ihren Bürgerbüros unterstützen wird. Entsprechend seiner Erfahrungen in Chemnitz wird er u.a. Veranstaltungen mit interessanten Gesprächspartnern anbieten. Das Bürgerbüro steht neben dem Ortsverband der LINKEN auch der Linksjugend und regionalen Vereinen zur Verfügung.



Die Kreisvorsitzende der LINKEN, Marika Tändler-Walenta, am Rande des Neujahresempfangs der Europäischen LINKEN im Gespräch mit ihrem Chef Grgor Gysi. Dieser eröffnete die Veranstaltung mit ca. 150 geladenen Gästen mit einem Appell zu gegenwärtigen Situation der Linken in Europa und einer notwendigen ‚Europa-Debatte‘.

In seiner Sitzung vom 10. Januar 2018 hat sich der Kreisvorstand DIE LINKE Mittelsachsen darauf verständigt, einen Vorschlag für die Erarbeitung eines Konzeptes zum ‚Offensive ländlicher Raum‘ zu leisten. Dies ist ein Debattenbeitrag für die Errichtung es mobilen Bürgerinnenbüros für alle Kreisverbände in Sachsen.

Mit dem Ausgang der Bundestagswahl stehen auch wir als Kreisverband DIE LINKE Mittelsachsen vor neuen gesellschaftlichen Herausforderungen, denen wir Antworten gegenüber stellen müssen. Betrachtet wir uns statistische Auswertungen zu Ostdeutschland und im speziellen für Mittelsachsen über die wirtschaftliche Entwicklung, der Einwohnerzahlen und der zu erwartenden Altersarmut für Sachsen ist die Situation ernst. Im Vergleich aller Landkreise schneidet Mittelsachsen sehr schlecht ab, sowohl im Durchschnittseinkommen als auch bei der Wirtschaftskraft. Das wird Auswirkungen auf unsere Zukunft haben, vor allem für die hier lebenden Menschen. Den schon jetzt spürbaren Auswirkungen einer verfehlten Politik für Ostdeutschland wird nicht wirksam begegnet, z.B. mittels einer effektiven Förderung strukturschwacher Regionen. Die zukünftige Frage lautet doch, wie der nächsten Generation vor allem im Osten Antworten gegeben werden können. Dabei sind die Prognosen tiefst beunruhigend, wird davon ausgegangen, dass sich die Einwohnerzahl um weitere 20% verringern wird. Wenn gleichzeitig Großprojekte der sächsischen Landesregierung wie Siemens oder auch Solar World ihre Tore schließen, wenn die Kommunen keine finanziellen Spielräume mehr haben und den Menschen vonseiten der zukünftigen Regierung keine Perspektive angeboten wird, haben wir eine massive Fehlentwicklung. Antworten auf diese drängendsten Fragen der Gegenwart aber auch der Zukunft finden sich nicht.

Das Jahr 2018 steht zwischen zwei Wahljahren und ist die Zeit für uns als Kreisverband die entsprechenden Weichen für das Superwahljahr 2019 zu stellen. Unseren Abgeordneten, MdL Antje Feiks und MdL Jana Pinka, bieten uns als Anknüpfungspunkte eine gute Ausgangslage für ein gemeinsames Wirken, sowohl mit der Fraktion im Sächsischen Landtag, als auch mit dem Landesverband. Dementsprechend werden wir in Kooperation verschiedene Touren der Fraktion (Kitatour etc) planen und durchführen und auch Aktivitäten des Landesverbandes bestmöglich unterstützen und umsetzen. Darüber hinaus möchten wir als Kreisverband DIE LINKE Mittelsachsen an bestimmten öffentlichen Thementagen (z.B. 09. Mai Tag der Pflege) im Landkreis politisch wahrnehmbar sein. In Zusammenarbeit mit der Kreistagsfraktion möchten wir die Kreispolitik aktiv mitbestimmen und als Kreisverband entsprechende Veranstaltungsformate anbieten. Gleichzeitig sind wir als DIE LINKE nicht unabhängig von der gegenwärtigen Entwicklungen in Sachsen. Wir sind nicht unabhängig davon, dass zwischen 2010-2015 16.000 Menschen den

Landkreis Mittelsachsen verlassen haben und die Prognose bis 2030 noch verheerender aussieht. Diese Entwicklung spüren wir auch in unseren Mitgliederzahlen, vor allem in den ländlich geprägten Regionen. Zur Wahrheit gehört eben auch, dass vor allem junge Menschen ihrer Arbeit hinterher ziehen. Der zunehmende Rückgang von Mitgliedern führt dazu, dass wir immer mehr Aufgaben auf zu wenigen Schultern verteilen. Problematisch ist vor allem die Kandidat*innensuche für kommunale Mandate. Gelingt es uns gegenwärtig noch gut Kandidat*innen für den Kreistag zu finden, hatten wir bei den vergangenen Stadt- und Gemeindevahlen erhebliche Schwierigkeiten. In manchen Gemeinderäten waren wir über viele Jahre mit einem Mitglied vertreten, nur ist es uns nicht gelungen, gezielt Nachfolger*innen aufzubauen. Dies ist wie oben bereits beschrieben nicht nur auf uns als Partei zurückzuführen, sondern auch auf strukturelle Probleme vor Ort, die die Menschen zum Abwandern veranlassen.

2019 wird für uns ein intensives Jahr, haben wir doch wieder neben den Kommunalwahlen auch Landtags- und Europawahlen. Das Ziel des Kreisverbandes ist es bis dahin, durch aktive politische Auseinandersetzung im Landkreis Mittelsachsen, möglichst viele Menschen für die Partei DIE LINKE zu aktivieren und zu begeistern. Neben dem politischen Aktionen vor Ort ist vor allem die Wahrnehmbarkeit der Partei ein zentrales Element in der Erreichung neuer Mitglieder und Wähler*innen.

Konkret möchten wir als Kreisvorstand Mittelsachsen die Schaffung eines politischen Bürgermobils für alle Kreisverbände vorschlagen. Durch ein mobiles Bürgerinnenbüro sollte es möglich sein, vor allem in den kleinen Kommunen wahrnehmbarer zu werden. Menschen können sich bei uns über aktuelle Themen informieren. Ein solches Bürgerinnenbüro sollte nicht als Wahlkampfmobil konzipiert sein, sondern als aufsuchendes Büro. Landesweit können sich Menschen z.B. über eine Homepage mit bestimmten Problematiken aus der Kommune an uns wenden und wir organisieren zentral Termine vor Ort, z.B. mit den Abgeordneten der Region und den kommunalen Mandatsträger*innen. Zudem könnte das Bürgerinnenbüro Hilfen im Alltag anbieten, was vom warmen Kaffee bis zum Einkauf nach Hause bringen reicht. Das mobile Bürger*innenbüro wird nach einem fairen Einsatzplan den Kreisverbänden angeboten und sollte sachsenweit im Einsatz sein. Das ermöglicht es uns auch in den Regionen wahrnehmbarer zu sein, in denen wir keine Vertreter*innen mehr haben. Im Zuge der Kreisgebietsreform 2008 hat man sich bewusst gegen Bürgernähe, Bürgerfreundlichkeit und für angebliche Effizienz entschieden. Im Rahmen einer Debatte auch zu diesem Thema könnte man die Transparenz und die Demokratie in unserer Gesellschaft stärken.

27. januar - alljährlich der tag des gedenkens an die opfer des nationalsozialismus

Seit 1996 ist der 27. Januar als Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus ein bundesweiter, gesetzlich verankerter Gedenktag. Er geht auf den ehemaligen Bundespräsidenten Roman Herzog zurück, welcher ihn am 3. Januar 1996 per Proklamation einführte. Am 27. Januar deshalb, weil an diesem Tag im Jahr 1945 das Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau durch die Rote Armee befreit wurde. Mit dem Tag - so Herzog in seiner Rede zur Gedenkstunde im Bundestag - soll an alle Opfer eines beispiellosen totalitären Regimes während der Zeit des Nationalsozialismus erinnert werden: „Juden, Christen, Sinti und Roma, Menschen mit Behinderung, Homosexuelle, politisch Andersdenkende sowie Männer und Frauen des Widerstandes, Wissenschaftler, Künstler, Journalisten, Kriegsgefangene und Deserteure, Greise und Kinder an der Front, Zwangsarbeiter und an die Millionen Menschen, die unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft entrechtet, verfolgt, gequält und ermordet wurden.“[2]

Wir geben einen Überblick zu den von der LINKEN initiierten Veranstaltungen in den Städten und Gemeinden des Kreises am 27. Januar.

27. januar 2018 in niederwiesa

Obwohl das Häuflein unserer Genossen immer kleiner wird (wir sind nur noch vier, dazu unsere Ehepartner), nehmen von Jahr zu Jahr mehr Leute an der Gedenkveranstaltung teil. Neben den mahnenden Worten unserer Bürgermeisterin Ilona Meier ist besonders das Engagement der Lehrerinnen der Oberschule Niederwiesa hervorzuheben. Seit 15 Jahren

Friedhof beerdigt worden sind. Heute hat uns besonders beeindruckt, daß auch eine Lehrerin das Wort ergriffen hat. Sie schilderte, wie schwer es ihr immer wieder fällt, im Geschichtsunterricht zu ihren Schülern über die faschistischen Greuelthaten zu sprechen und wie wichtig es ist, gegen das Vergessen anzukämpfen. Da der Gedenk-



ist es Tradition, daß Schüler mit Rezitationen und eigenen Gedanken ihr Bekenntnis zu Menschlichkeit, Frieden und Antifaschismus ablegen. Sie pflegen auch seit 13 Jahren in wechselnden Schüलगenerationen mit viel Liebe das Grab der zwei unbekanntes jüdischen Frauen, die auf dem Todesmarsch in Niederwiesa umgekommen und auf unserem

tag heute auf einen Sonnabend fiel, konnten auch einige Eltern ihre Kinder zum Gedenkstein begleiten. Aber leider spielt diese Veranstaltung ansonsten in der Öffentlichkeit kaum eine Rolle. Daran müssen wir noch weiter arbeiten, mit der Bürgermeisterin und auch mit den Gemeinde- und Ortschaftsräten von Niederwiesa. (Hela Greiner)

27. januar 2018 in flöha

Auch in diesem Jahr versammelten sich Bürgerinnen und Bürger der Stadt Flöha zum Gedenken am Ehrenmal für die Opfer des Faschismus an der Lessingstraße und legten Blumengebinde nieder. In seiner Ansprache würdigte Oberbürgermeister Volker Holuscha die unzähligen Opfer, Männer, Frauen und Kinder, die wegen ihrer Rasse, ihres Glaubens, ihrer politischen Orientierung oder einfach wegen körperlicher

Behinderung ihrer Menschenrechte beraubt und schlussendlich ermordet wurden. Er schlug den Bogen zu rechten und rechtspopulistischen Erscheinungen in unserer heutigen Zeit und mahnte, die Lehren der Geschichte zu beherzigen. Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg und Völkermord! Denken wir an die Brecht'sche Mahnung: "Der Schoß ist fruchtbar noch..." (Dieter Grunert)

27. januar 2018 in niederwiesa



Von der traditionellen Veranstaltung in Rochlitz stellte uns Genosse **DIETER ERLER** Fotos zur Verfügung. Sie fand am 2015 eingeweihten Gedenkstein für die über 600 jüdischen Frauen statt, die im Außenlager „Kommando Rochlitz“ des Konzentrationslagers Flossenbürg untergebracht waren. Zu den Versammelten sprach der Vorsitzende des Ortsverbandes Rochlitz-Geringwalde der LINKEN, **ROBERT SOBOLEWSKI**.

Weitere Veranstaltungen anlässlich des Gedenktages für die Opfer des Nationalsozialismus fanden u.a. in **Freiberg** (dazu ein ausführlicher Bericht auf Seite -7-), in **Döbeln** und in **Frankenberg** statt. In Frankenberg wurde am am Ehrenmal im Volkspark die traditionelle Veranstaltung durchgeführt, auf welcher

FRANZ SODANN, Kulturpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag sprach. Die Frankenger Stadträte der LINKEN, **ANDREAS SCHRAMM**, **DR. KLAUS STAMPNIOK** und **PROF. DR. FRANK RICHTER**, hatten die Frankenger Bürger zu dieser Veranstaltung eingeladen. (hw)

chemnitz feiert den 200. geburtstag von karl marx

Während Trier, die Geburtsstadt von Karl Marx, ihren großen Sohn im Zeitraum vom 5. Mai bis 21. Oktober mit einer großen Landesausstellung „Leben. Werk. Zeit“ und einer völlig neu gestalteten Dauerausstellung würdigt, bückt

Karl Marx, wird es zwischen 10 und 20 Uhr um das Monument herum eine Art persönliche Geburtstagsfeier geben. Zu deren Vorbereitung hat sich eine Gruppe von Akteuren aus verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen zusammenge-



man in der Stadt des „Nischels“ leider kleinere Brötchen. Zumal es aus dem Rathaus mit einer SPD-Bürgermeisterin noch keine Signale gibt, Karl Marx in das Programm zum Stadtjubiläum einzubinden. Am 5. Mai, dem Geburtstag von

funden. Hauptakteure sind die Rosa-Luxemburg-Stiftung und der Deutsche Gewerkschaftsbund. Ziel sei es, dass sich Vertreter möglichst vieler Strömungen mit Karl Marx befassen. Auch die Kirchen seien dabei gefragt. (hw)

mit dem stadtchor freiberg in new york

von ACHIM GRUNKE

Als der Stadtchor Freiberg im Dezember 2016 per E-Mail angefragt wurde, ob wir uns vorstellen könnten, im Januar 2018 an einem Konzert in der New Yorker Carnegie Hall mitzuwirken, wollte das im ersten Moment niemand so recht glauben. Gehört doch die Carnegie Hall zu den bekanntesten Konzertsälen der Welt, in dem ansonsten nur die ganz Großen der internationalen Musikwelt auftreten. So gastierte hier zwei Tage nach unserem Konzert das berühmte Royal Concertgebouw Orchestra aus Amsterdam mit der 9. Sinfonie Bruckners. Im Musik Brockhaus ist zu lesen: „Ein Auftritt in der Carnegie Hall war und ist immer noch mit größtem Prestige verbunden.“ Im großen Saal der Carnegie Hall, dem „Stern Auditorium“, finden auf fünf Ebenen etwa 2800 Zuschauer Platz.

Und hier sollte nun ein Laienchor wie der Stadtchor Freiberg in einem Konzert mitsingen? Wie kam es dazu? Die DCINY (Distinguished Concerts International in New York), eine Konzertagentur, hatte über Internetrecherche herausgefunden, dass der Stadtchor schon mit Werken des walisischen Komponisten Karl Jenkins vertraut war und diese zur Aufführung gebracht hatte, wie z.B. das „Te Deum“ oder „The Peacemakers“. Nun stand auf dem Plan der Konzertagentur für Januar 2018, die „Friedensmesse“ von Jenkins zusammen mit einer Neukomposition von ihm in der Carnegie Hall aufzuführen. Deshalb erging an den Stadtchor die Anfrage, ob er an der Aufführung der „Friedensmesse“ (The Armed Man: A Mass for Peace) mitwirken könnte und das Werk einstudieren würde.

Das Konzert stand dann am 15. Januar auf der Agenda, in diesem Jahr dem Martin Luther King Day, ein denkwürdiger und zum Thema der Friedensmesse passender Tag. Seit 1986 gilt er in den USA als Bundesfeiertag und wird jedes Jahr am dritten Montag im Januar begangen. Martin Luther King Jr., der wohl bekannteste US-amerikanische Bürgerrechtler, hatte am 8. Februar 1968 in der Carnegie Hall gesprochen, sieben Wochen vor seiner Ermordung in Memphis.

Karl Jenkins widmete die Friedensmesse den Opfern des Krieges im Kosovo, sie wurde im April 2000 in der Royal Albert Hall in London uraufgeführt. Ausgehend vom französischen Lied „L'homme armé“ („Der Mann in

Waffen“) aus dem 15. Jahrhundert wurden in der Friedensmesse Texte aus verschiedenen Religionen und Epochen zu einem einzigartigen musikalischen Manifest gegen den Krieg verarbeitet und vertont, das mit der Botschaft endet „Better is peace than always war!“ (Frieden ist besser als ständiger Krieg!).

Am 15. Januar 2018, 19 Uhr Ortszeit war es dann soweit, als der Dirigent den Taktstock hob und die Friedensmesse im „Stern Auditorium“ mit großem Orchester und einem Chor



von ca. 280 Sängerinnen und Sängern erklang, darunter der Stadtchor Freiberg. Ein bewegendes Ereignis für alle, die dabei waren. Nach der Pause kam es dann zur Uraufführung von Jenkins neuem Werk, das wiederum andere Chöre einstudiert hatten. So konnten wir den zweiten Teil des Konzerts von den Zuschauerplätzen folgen und die vortreffliche Akustik das „Stern Auditorium“ genießen.

Doch bis zum Konzert war noch ein Stück Arbeit zu leisten. Zwei Proben mit jeweils ca. fünf Stunden hatte der Dirigent angesetzt, um alle Chöre zu einem gelingenden Konzert zusammenzubringen. Für die Friedensmesse waren neben dem Stadtchor Freiberg noch weitere Chöre aus dem Westen Deutschlands, aus den USA, aus Japan, aus Norwegen und aus der Schweiz eingeladen worden. Da die Sprache der Musik ja international ist und die meisten auch etwas englisch verstanden, funktionierte die Kommunikation einigermaßen. Neben dem Konzertprogramm blieb noch etwas Zeit, um ein wenig New York kennenzulernen. Dafür hatte das Reiseunternehmen unseres Chores für alle Teilnehmer eine ausgiebige Stadtrundfahrt von über vier Stunden und eine Schiffsfahrt auf dem Hudson River organisiert.

Die Stadtrundfahrt führte uns

hauptsächlich durch den Stadtteil Manhattan, dem eigentlichen Zentrum der Stadt mit der großen Anzahl von „Wolkenkratzern“. Von Manhattan heißt es im New York-Bildatlas von Dumont: „In Manhattan entwickelte sich das größte urbane Chaos der westlichen Hemisphäre“. Und das bleibt zuweilen auch dem Kurzzeittouristen nicht verborgen: wenn z.B. Müllsäcke und ausgediente Weihnachtsbäume aus den Behausungen der vielstöckigen Hochhäuser aufgetürmt auf ihre

Abholung warten.

Nach der Busfahrt über den Broadway und weiter vorbei am Centralpark, an der Met, der Philharmonie (wo Kurt Masur von 1991 bis 2002 als Chefdirigent wirkte) erfolgt ein erster Stopp zum Aussteigen. Objekt unserer Aufmerksamkeit ist der Charging Bull (Angreifender Bulle), die Bronzestatue eines Stiers unweit der New Yorker Börse, der als Wall-Street-Erkennungsmerkmal ein beliebtes Touristenziel ist und durch seine angriffsbereite Haltung für Erfolg und Optimismus stehen soll. Als Gegenstück wurde zum Internationalen Frauentag in der Nacht vom 7. zum 8. März 2017 die Statue des Fearless Girl (Furchtloses Mädchen) keine sechs Meter gegenüber dem Stier aufgestellt, um auf den Mißstand aufmerksam zu machen, dass in den Vorständen der aktiennotierten Unternehmen der Anteil an Frauen in Führungspositionen sehr gering ist.

Ursprünglich sollte die Statue nur einen Monat lang aufgestellt bleiben. Aufgrund ihrer Beliebtheit gab der New Yorker Bürgermeister Bill de Blasio jedoch noch im März 2017 bekannt, dass die Statue mindestens bis zum 8. März 2018 stehen bleiben solle. Da es in den USA noch klagewütiger als in Deutschland zugeht, wird vor Gericht darum gestritten, ob das furchtlose

Mädchen stehen bleiben darf. Der Schöpfer des Stiers Arturo Di Modica sah seine Rechte als Künstler verletzt und beanstandete, dass das „Fearless Girl“ seine Arbeit des „Charging Bull“ verändere und verzerre. Bei den jungen Damen unseres Chors war das Mädchen jedenfalls beliebter als der Stier, alle wollten mit ihr zusammen fotografiert werden.

Bei einer Stadtrundfahrt durch Manhattan kann natürlich der Ort nicht ausgelassen werden, wo einst die Zwillingstürme des World Trade Centers standen, die am 11. September 2001 durch die Terroranschläge zerstört wurden. An der Stelle der Zwillingstürme neigen heute zwei quadratische Becken in die Tiefe, an den Beckenrändern sind die Namen der damals Umgekommenen eingraviert. Angehörige der Toten kommen zu deren Geburtstag und bringen am Namenszug eine weiße Rose an. Es war dann doch emotional sehr berührend, selbst an diesem Ort Ground Zero New York zu stehen.

Neben der Schiffsfahrt über den Hudson River, die bis zur Freiheitsstatue führt, verbleiben uns auch noch einige Stunden für individuelle Freizeit. Für einen Besuch der vielen Museen, die New York zu bieten hat, brauchte man viel mehr Zeit. Aber ganz in der Nähe unseres Hotels befindet sich das Museum of Modern Art (MoMA) mit bedeutenden Sammlungen moderner und zeitgenössischer Kunst. Sehr bekannte Namen begegnen dort dem Besucher: Degas, Cézanne, van Gogh, Gauguin, Monet, Picasso, Kandinsky u.a.m. Am letzten Tag entdeckte ich mehr durch Zufall noch eine Bildergalerie, die Frick Collection, in der in 16 Galerieräumen mehr als 1100 Kunstwerke von der Renaissance bis zum ausgehenden 19. Jahrhundert gezeigt werden, darunter so bekannte Namen wie Titian, Holbein d.J., van Dyck, Rembrandt, El Greco, Goya u.a.m. Die Frick Collection geht auf den amerikanischen Stahlindustriellen Henry C. Frick zurück, der in New York eine Villa als privates Wohnhaus erbauen ließ und für das untere Geschoss die Kunstwerke ankaufte. Nach seinem Tode (1919) wurde das Haus in eine Stiftung umgewandelt und ist seit 1935 eine öffentliche Galerie. Die Frick Collection wie die Carnegie Hall (finanziert vom Stahlindustriellen Andrew Carnegie) sind typische Beispiele der Kulturförderung in den USA, wo Mäzenatentum und Sponsoring gegenüber der öffentlichen Kulturförderung dominieren.

kreisvorstand aktuell

Der Kreisvorstand kam am 14. Februar im Bürgerbüro Rochlitz zu seiner - erstmals öffentlich beworbenen - turnusmäßigen Sitzung zusammen. An der Beratung nahm Michael Leutert, Bundestagsabgeordneter der LINKEN, teil. Außer einer Verständigung über die künftige Nutzung des Bürgerbüros durch den Ortsverband Rochlitz-Geringswalde und Michael Leutert (dazu informieren wir in dieser Ausgabe auf Seite -8- ausführlich) wurden folgende Schwerpunkte behandelt:

- *Verständigung zu aktuellen Schwerpunkten. Dabei standen die Verhandlungen zu einer „Großen Koalition“ und deren Auswirkungen auf die künftige politische Ausrichtung der LINKEN sowie die Haltung der Stadt Freiberg zur Asyl- und Flüchtlingspolitik im Mittelpunkt (zu beiden Schwerpunkten gibt es in dieser Zeitung ausführliche Informationen).*
- *Beratung zur Projektplanung im Jahr 2018. Die vorgesehenen Schwerpunkte sind durch uns im von Marika Tändler-Walenta vorgelegten Zukunftsplan des Kreisverbandes bereits veröffentlicht worden.*
- *Austausch mit dem Bundestagsabgeordneten Michael Leutert. Dabei informierte dieser über die Schwerpunkte seiner Arbeit im Bundestag und setzte sich kritisch mit der aktuellen Lage in der Parteiführung auseinander.*

unsere jubilare



all unseren genossinnen und genossen mit runden und halbrunden geburtstagen ab sechzig sowie unseren hochbetagten geburtstagskindern gratulieren wir hiermit ganz herzlich !

im märz 2018 wird aus diesem anlass gefeiert bei:

ANNELIES SCHLÜTER	geb. am 03.03. 1927,	in	Klipphausen
KLAUS FANDRICH	geb. am 06.03. 1936,	in	Lichtenberg
SIEGFRIED GILAT	geb. am 09.03. 1932,	in	Erlau
ERIKA STEYER	geb. am 11.03. 1930,	in	Oederan
ANNELIES SEIDLER	geb. am 12.03. 1943,	in	Rochlitz
LIESBETH MÖLLER	geb. am 13.03. 1932,	in	Freiberg
SIEGFRIED THOMAS	geb. am 15.03. 1938,	in	Döbeln
DIETER HENTSCHEL	geb. am 16.03. 1948,	in	Waldheim
JUTTA BOCHMANN	geb. am 20.03. 1933,	in	Mulda
ILONA JUNGHANNS	geb. am 20.03. 1938,	in	Augustusburg
REINHARD WILHELM	geb. am 21.03. 1921,	in	Altmitweida
HORST HAMMER	geb. am 21.03. 1928,	in	Wechselburg
SIEGLINDE WIDERA	geb. am 22.03. 1934,	in	Brand-Erbisdorf
HORST SCHNEIDER	geb. am 22.03. 1937,	in	Flöha
ORTRUN KÖTZSCH	geb. am 22.03. 1936,	in	Brand-Erbisdorf
IRMGARD HAWER	geb. am 26.03. 1929,	in	Leisnig
Danuta Klug	geb. am 29.03. 1928,	in	Brand-Erbisdorf
WERNER STEPHAN	geb. am 29.03. 1936,	in	Geringswalde
HANS-JOACHIM KLÖPPER	geb. am 31.03. 1930,	in	Freiberg
HEINZ KOCH	geb. am 31.03. 1922,	in	Großhartmannsdorf
ERIKA RIETZSCHEL	geb. am 31.03. 1938,	in	Döbeln

jahrestage im märz 2018

01. - 10.03. 1893: Friedrich Engels veröffentlicht im „Vorwärts“ seine Artikelserie „Kann Europa abrüsten?“

03.03. 1918: Unterzeichnung des Friedensvertrags von Brest-Litowsk.

16.03. 1918: Der IV. Außerordentliche Sowjetkongress ratifiziert den Friedensvertrag gegen die Stimmen der linken Sozialrevolutionäre, die aus dem Rat der Volkskommissare austreten.

12.03. 1938: Annexion Österreichs durch Nazi-Deutschland.

15.03. 1938: Nikolai Bucharin u.a. werden in der UdSSR als „Volksfeinde“ hingerichtet.

03 - 1943: Gründung des Nationalrates der Résistance in Frankreich. Er koordiniert alle Gruppierungen des Widerstands.

17.03. 1948: Der Brüsseler Fünfmächtepakt (Westunion) richtet sich als erstes Nachkriegsbündnis gegen die Sowjetunion.

20.03. 1948: Aus Protest gegen die Empfehlungen der Londoner Sechsmächtekonferenz verlässt der sowjetische Militärgouverneur den Alliierten Kontrollrat, der danach nicht wieder tagt.

31.03. 1948: Egon Erwin Kisch (der rasende Reporter) gestorben.

05.03. 1953 J.W. Stalin verstorben.

07./08.03. 1958: In Prag beschließen Vertreter von 20 kommunistischen und Arbeiterparteien die Herausgabe einer gemeinsamen Zeitschrift unter dem Titel „Probleme des Friedens und des Sozialismus“. Die erste Nummer erscheint im September in 16 Sprachen.

10.03. 1958: In der Bundesrepublik konstituiert sich der Arbeitsausschuss „Kampf dem Atomtod“, dem führende Vertreter der SPD, der Gewerkschaften und der kirchlichen Friedensbewegung angehören. Der gleichnamige Aktionsausschuss wird am 23.03. in Frankfurt am Main gebildet.

18./19.03. 1958: Gründung der Historikergesellschaft der DDR. Erster Vorsitzender wird Ernst Engelberg.

19. - 21.03. 1958: Konstituierende Sitzung des Europäischen Parlaments in Straßburg.

27.03. 1958: N.S. Chruschtschow wird Ministerpräsident der UdSSR.

Fortsetzung Seite -12-

Austausch zum Thema Mitgliederbetreuung auf Landesebene

Am 06. Februar 2017 nahmen der Mitgliederbeauftragte **EYK FECHNER** gemeinsam mit dem Landesvorstandsmitglied **LARS KLEBA** und der Kreisvorsitzenden **MARIKA TÄNDLER-WALENTA** an einem Austausch mit **ALEX JAHNS** (Wahlkampfmanager des Landesverbandes, aber zur Zeit Beauftragter für Mitgliederentwicklung im Landesvorstand) in Dresden teil. Grundsätzlich konnte der Landesverband in den letzten drei Jahren Tausend neue Mitglieder begrüßen. Im Jahr 2016 hatten wir nur einen Rückgang der Anzahl der Mitglieder von 0,6 Prozent zu verzeichnen. Das ist wesentlich günkstiger als in den vergangenen Jahren. Allerdings entfällt der Großteil dieser Entwicklung auf die Städte Dresden, Chemnitz und Leipzig. Seit der Bundestagswahl konnten wir im Kreisverband Mittelsachsen neun neue Mitglieder begrüßen. Wir werden uns zukünftig mit einer gezielten Kampagne auf die Aktivierung und die Neumitgliedergewinnung konzentrieren. Darüber hinaus haben wir als Kreisvorstand dem Landesvorstand eine Projektskizze für die Offensive Ländlicher Räume übermittelt, indem wir die Konzeption eines linken Bürgermobils vorschlagen. (Diese Projektskizze ist auf Seite -8- vorgestellt, d. R.)

terminübersicht

februar 2018

27.02. 18 Uhr Beratung mit den mittelsächsischen Orts- und Basisgruppenvorsitzenden der LINKEN Siebenlehn, Hotel „Schwarzes Roß“

märz 2018

01.03. Forum zur Energiearmut in Mittelsachsen Mit MdL Marco Böhme

08.03. Veranstaltungen zum Internationalen Frauentag, u. a. Empfang im Frauenzentrum Döbeln und Veranstaltung der OV Freiberg und Brand-Erbisdorf im Regenbogenhaus Freiberg

14.03. 18 Uhr Sitzung des Kreisvorstandes Bürgerbüro Mittweida, Weberstraße 30



Ende Januar nutzte ich das angenehme Wetter, um im Karl-Marx-Jahr dem Geburtsort dessen engsten Kampfgefährten Friedrich Engels in Wuppertal/Barmen einen Besuch abzustatten. Um ehrlich zu sein, ich bin auch wegen des „Pulses“ von Wuppertal, der mehr als hundertjährigen Schwebebahn dorthin gefahren. Leider hat das Engels-Haus (hinten links) zurzeit wegen einer geplanten Renovierung geschlossen. Das unmittelbar daneben befindliche Museum für Frühindustrialisierung - untergebracht in zwei Industriebauten aus der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert und ergänzt durch einen modernen Zweckbau - spiegelt die Industriegeschichte des Bergischen Landes mit Blick auf die Schrift von Friedrich Engels „Die Lage der arbeitenden Klasse in England“. Das Engels-Denkmal im Vordergrund ist ein Geschenk Chinas an die Stadt Wuppertal. (hw)

jahrestage im märz 2018

Fortsetzung von Seite -11-

09.03. 1968: Beginn der Unruhen in Polen. Intellektuelle und Studenten wollen Reformen, teilweise Repressionen auch unter antisemitischen Vorzeichen.

16.03. 1968: Massaker US-amerikanischer Soldaten an den Bewohnern des Dorfes Son My in Südvietnam.

27.03. 1968: Juri Gagarin, der erste Mensch im All, kommt bei einem Flugzeugabsturz ums Leben.

01. - 23.03. 1978: An Streikämpfen in der Druck- und metallverarbeitenden Industrie in der Bundesrepublik Deutschland beteiligen sich über 100.000 Arbeiter.

20.03. 2003: Beginn des 3. Golfkrieges.

03.03. 2008: Annemarie Renger (SPD-Politikerin) verstorben.

12.03. 2008: Erwin Geschonneck (Schauspieler) verstorben.

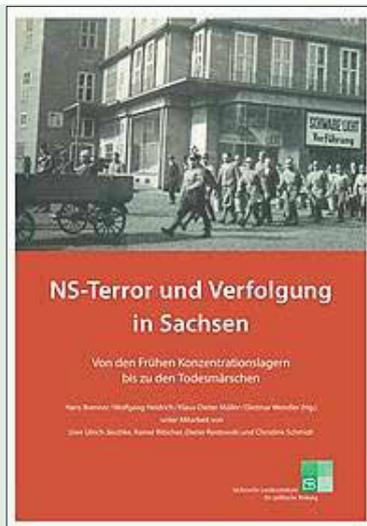
16.03. 2008: Peter von Oertzen (SPD-Politiker, WASG-Mitglied) verstorben.

10.03. 2013: Peter Ensikat (Kabarettist und Schriftsteller) in Berlin verstorben.

23.03. 2013: Reinhard Lakomy (Sänger und Komponist) in Berlin verstorben.

Unter dem Titel „NS-Terror und Verfolgung in Sachsen“ ist bei der Landeszentrale für politische Bildung eine aktuelle Publikation erschienen. Sie wirft ein neues Licht auf die Zeit des Nationalsozialismus zwischen 1933 und 1945 in Sachsen. Die Herausgeber **HANS BRENNER, WOLFGANG HEIDRICH, KLAUS-DIETER MÜLLER** und **DIETMAR WENDLER** präsentieren aktuelles Forschungsmaterial u.a. zu den Frühen Konzentrationslagern von 1933 bis 1937 sowie zu den Evakuierungsmärschen/Todesmärschen aus Konzentrationslagern und deren Außenlagern ab Herbst/Winter 1944 über sächsisches Territorium.

Das 624-seitige Buch kann bei der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung nach einmaliger Anmeldung online kostenlos bestellt werden. Im Internet ist ein informatives Dossier mit vier thematischen Karten, weiteren Materialien und dem umfangreichen Datenanhang des Buches abrufbar.



Wir trauern gemeinsam mit den Angehörigen um unsere teuren Verstorbenen

**Elfriede Baran aus Leisnig
Wolfgang Geier aus Mittweida**

Wir werden ihnen stets unser ehrendes Andenken bewahren.